

Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis pro Stück 20 Pf. Nr. 23.

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen der Anzeigen nehmen die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis pro Stück 20 Pf. Nr. 23.

Telegraphische: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts hier. Postfach-Nr. 1000

Nr. 148

Dienstag, den 29. Juni 1926

21. Jahrgang

Stresemann für ein friedliches Europa.

Rede im Verein der Auslandspresse.

Berlin, 27. Juni. Im Hotel Adlon beging gestern der Verein der ausländischen Presse zu Berlin sein 20jähriges Bestehen durch ein Festessen, an dem zahlreiche Mitglieder der Reichsregierung, darunter Dr. Stresemann sowie der preussischen Regierung, des diplomatischen Korps, führende Abgeordnete der politischen Parteien, Persönlichkeiten aus der Theaterwelt sowie der Presse teilnahmen. Der Präsident des Vereins begrüßte die Gäste mit herzlichen Worten. Er begrüßte die Gäste im Verlaufe seiner Ansprache Reichsminister Dr. Stresemann zu dem glücklichen Abschluß der Verträge von Locarno und sprach den Wunsch aus, daß die ferneren Bemühungen des Ministers zugunsten der Befriedung Europas auch weiterhin von Erfolg gekrönt sein möchten. Darauf ergriff der Vizepräsident des diplomatischen Korps, Monsignore Pacelli, das Wort zu einer Rede, in der er u. a. ausführte, daß aus dem furchtbaren Erlebnis des Weltkrieges eine starke, alle Völker erfassende Friedenssehnsucht herborgewachsen sei, der heisse Wunsch, eine Wiederkehr dessen zu verhindern, was die Menschheit in den grauenhaften Jahren des Weltkrieges erdulden mußte. Auch dieser Sehnsucht nach Frieden müsse ein Wille zum Frieden werden. Aus diesem Willen zum Frieden müsse sich herausbilden: Taten und Opfer für den Frieden. Diesen Willen in den Herzen der Völker zu fördern und zu festigen, sei eine erzieherische Aufgabe gewaltigen Ausmaßes, die ohne die aufrichtige und entfangensfreundliche Mitarbeit der „Großmacht Presse“ unlosbar bleiben würde. Dann sprach Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann. Er sagte u. a.: Daß in der Gegenwart eine Politik nach innen wie nach außen unmöglich sei, wenn sie sich nicht stützen könne auf die öffentliche Meinung der Welt oder des eigenen Landes. Jeder, der die Nachwirkungen des großen Krieges in Deutschland ken-

nen gelernt habe, werde verstehen, daß ein Volk, das so unendlich viel in sich selbst verarbeiten müsse, den Weg internationaler Annäherung unter viel größeren Schwierigkeiten zu gehen vermöge, als andere Nationen. Der Weg der deutschen Außenpolitik sei unendlich schwer und bornenvoll und werde es weiter bleiben. Er jedoch werde nicht die Hoffnung darauf verlieren, daß die großen bewegenden Gedanken, die mit dem Namen Locarno verbunden sind, sich schließlich durchsetzen allen Widerständen zum Trotz. Er habe auch die Ueberzeugung, daß die Männer, die damals an der Spitze ihrer Völker die Politik von Locarno gutließen, es auch heute noch tun und daß das Werk von Locarno die Basis sein muß für die weitere Außenpolitik und alle kommenden Verträge. Die Idee, die sich heute der Menschheit empfiehlt, sei, daß das Gesamtergebnis des Weltkrieges ein Friede und ein Unglück für alle gewesen ist, die am Weltkriege teilgenommen haben. Ich sehe nicht mehr Sieger und Besiegte, so erklärte Dr. Stresemann, sondern nur noch ringende Völker, die sich bemühen, aus dem Chaos, das sich vor ihnen allen aufgetan hat, wieder in die Berrnunft zurückzukommen. Wenn die Vergangenheit als Aufgabe für sich gilt, können wir mindestens das eine tun, wir können aus der Vergangenheit für die Gegenwart und Zukunft lernen. Die Zukunft kann nur aufgebaut werden auf dem alten, kulturell hochstehenden Europa, das der Welt so unendlich viel gegeben hat, auf dem Gedanken des Friedens, der Solidarität und der Zusammenarbeit der Völker.

Zum Schluß sprach im Namen des Reichsverbandes der deutschen Presse Chefredakteur Georg Bernhardt, der dem Verein die besten Wünsche der deutschen Presse in herzlichen Worten zum Ausdruck brachte.

Keine Zweidrittelmehrheit für das Fürstenabfindungsgesetz.

Berlin, 28. Juni. Die Verhandlungen des Rechtsausschusses über das Abfindungsgesetz sind heute zwar beendet worden, eine ausreichende Mehrheit für das Gesetz in der Vollversammlung des Reichstages konnte aber nicht geschaffen werden. Die Regierungsparteien werden am Montag, also einen Tag vor der Verhandlung im Plenum, die Vorschläge mit den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen wieder aufnehmen.

Der kritische Punkt dieser Verhandlungen bleibt die sozialdemokratische Forderung, daß das Abfindungsgesetz rückwirkende Kraft auf abgeschlossene Vergleiche haben soll. Auf diese Forderung will die Deutsche Volkspartei aber auch das Zentrum nicht eingehen.

Sollte die Verabschiedung des Gesetzes am Widerstande der beiden Flügelparteien, der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen scheitern, so ist kaum mit Zwangsmagnahmen der Regierung, wie etwa der Reichstagsauflösung, sondern mit der Vertagung der Angelegenheit bis zum Herbst zu rechnen. Während des Sommers sollen dann Versuche unternommen werden, durch

direkte Vergleichsverhandlungen zwischen dem preussischen Königsstuhl, den Thüringer Fürstentümern und den beteiligten Ländern die Auseinandersetzung im Sinne des Abfindungsgesetzes zu regeln, ohne daß eine reichsgerichtliche Regelung vorliegt.

Französische Reeder gegen deutsche Reparationschiffe.

Paris, 28. Juni. Der Minister für öffentliche Arbeiten Daniel Vincent hat gestern in St. Nazaire, wo er sich anlässlich einer Denkmalsenthüllung aufhielt, die dortigen Reeder empfangen und ihnen versprochen, die Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf den in Deutschland auf Reparationskonto vorgenommenen Bau von Schiffen zu lenken, damit die Arbeiter in den französischen Häfen hierdurch nicht geschädigt werden.

Das deutsch-russische Warenkreditgeschäft.

Berlin, 27. Juni. Zu den Mitteilungen über das Zustandekommen des teilweise durch die öffentliche Hand garantierten russischen Warenkreditgeschäftes verlautet von der Deutschen Bank als Führerin des Bankensortiments, daß die Abwicklung der Geschäfte über eine zu diesem Zwecke zu gründende L.G. erfolgen soll, an der die Banken sich ihrerseits beteiligen und an die ausschließlich die Kreditgesuche zu richten sein werden. Die gesamten Transaktionen basieren auf Dollarwährung. Mit dem Ingangkommen der Geschäfte wird nach

Perfektionierung der Verträge und nach Gründung der genannten L.G. zu rechnen sein.

Reichstag und ältere Angestellte.

Berlin, 28. Juni. Der neunte (soziale) Ausschuss des Reichstages befaßte sich gestern mit den beschlossenen Vorschlägen des eingesehnen Unterausschusses. Ein von dem Ausschuss angenommener Antrag Dr. Woldehauer und Genossen, der u. a. von den Abgeordneten Lambach (Antl.), Thiel (D. Sp.) und Berg (Zentrum) unterzeichnet wurde, lautet:

„Der Ausschuss wolle beschließen, die Reichsregierung aufzufordern, zur Behebung der Notlage der älteren Angestellten

1. zu veranlassen, daß Höchstgehälter für das Halten von Beihilgen im Handelsgewerbe festgesetzt werden,
 2. gemeinsam mit den Ländern Umschulungsmassnahmen für erwerbslose Angestellte in die Wege zu leiten und notfalls solche Umschulungsmassnahmen durch Bereitstellung besonderer Mittel zu fördern,
 3. zugunsten erwerbsloser Angestellter unverzüglich im Wege der Fürsorge oder Versicherung die Massnahmen zu treffen, die zur Abwendung drohenden Verlustes von Sozialversicherungsansparnissen notwendig sind,
 4. unverzüglich den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, wodurch das geltende Kündigungsrecht für ältere Angestellte verbessert wird,
 5. unverzüglich eine Ergänzung des Pressegesetzes in die Wege zu leiten, um die Verhältnisse auf dem Gebiete der Chiffre-Anzeige zu beseitigen.“
- Wie verlautet, wird dem Reichstag Mitte nächster Woche von der Reichsregierung zur baldigen Durchführung der vorgesehenen Massnahmen eine Vorlage zu gehen, die dann schnell an den Reichstag gelangen dürfte. Die Sozialdemokratie hatte ihre Kritik auf eine Politik des aller oder nichts eingestellt und sich an Vermittlungsvorschlägen, die die Sache vorwärts bringen, nicht beteiligt.

Die Reichstagsabgeordneten Thiel, Lambach und Berg gehören der Verwaltung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes an.

Verhaftungen in Lissabon.

Paris, 28. Juni. Nach einer Sabotagemeldung aus Lissabon hat die Regierung neben drei ehemaligen Ministerpräsidenten den Führer der Linksparteien Alvaro Costa verhaften lassen.

„Der Finanzminister.“

Unter den neuen Männern in der Regierung befindet sich auch Maurice Du r e i l, Deputy der Rayonne. Du r e i l schrieb vor einigen Tagen einen Artikel, der sich mit der Finanzkrise beschäftigte und den wir, da er die Stimmung vieler Franzosen geklärt, hier wiedergeben.

So wären wir denn glücklich beim neunten Finanzminister der gegenwärtigen Legislaturperiode angelangt. Haben wir jetzt denjenigen, der den Franken retten wird. Wahrscheinlich nicht, und gewiß nicht eher, als seine Vorgänger und als alle die Experten- und Techniker-Komitees, die die Regierung einzusetzen beliebt.

Allein das Land kann sich und sein Geld retten, wenn es will. Wird es diesen Willen aufbringen?

Nach dem Kriege trat, wie nach allen großen Katastrophen, während der alle Herzen angespannt sind, die unermessliche Reaktion ein. Ein großer Hang zur Entspannung, zum Wohlleben, zur Bequemlichkeit hat sich der Nation bemächtigt. Wie könnte dem auch anders sein? Nach trüben Zeiten voller Besorgungen und Bekümmernissen blieben wir siegreich und die Zukunft, so dachten wir, tat sich weit und glänzend vor uns auf. Unsere Ruinen, unsere Schulden, unsere Wiederaufbau, unsere Pensionen an die Kriegsveteranen? Was kümmert das uns! Wird nicht Deutschland alles bezahlen?

Es wäre die Zeit des Sparens gewesen. Man gab aus. Eine Periode intensiver Arbeit tat not. Man probuzierte weniger. Ein zerronnenes Kapital war erneut auszubauen; kein Mensch dachte daran. Und wenn man jemandem gesagt hätte, daß auf diese Weise schwere Zeiten hereinbrechen könnten, so hätte man nur erstaunte Gesichter getroffen.

Diese Stunden sind aber nun gekommen, und sie sind um so härter und an Enttäuschungen reicher, als niemand auf sie gefaßt war.

Dieses Resultat haben wir jetzt: Verzweiflung, Entmutigung, völlige Niedergeschlagenheit. Und gerade hier, und nur hier, liegt die Gefahr. Wenn sich das Land dieser Stimmung hingibt, so kann es dem Untergang entgegengehen oder doch so hart getroffen werden, daß es unendlich lange Zeit brauchen wird, um sich wieder aufzurichten.

Wenn dagegen beizutreten gehandelt wird, wenn man sich aufrafft und auf die Trüme von gestern, von 1918, von 1919 verzichtet, wenn man ohne Furcht und ohne Illusionen den Wirklichkeit in die Augen sieht, so wird das Land innerhalb weniger Jahre gerettet sein. Aber unter einer unabweisbaren Bedingung: Das Land muß mutig, kräftig, willensstark an die Arbeit gehen und muß ein für allemal mit dem System des Ausgebens, des Verschleierns und der Verschwendungsmannieren brechen, die seit sieben Jahren in Mode stehen.

Die politischen Männer, die nacheinander die Macht übernahmen, die Regierung, die Kammer, die Expertenkomitees und Sachverständigenräte können nichts dazu tun, als höchstens auf die Moral einwirken.

Ihre Aufgabe ist: durch die Worte, die sie aussprechen, durch technische oder anderweitige Massnahmen, mit einem Wort durch ihr ganzes Verhalten Vertrauen zu schaffen und es allen einzupflanzen. Alle Reformen auf dem Gebiete der Finanzen, des Bankwesens und des Geldverkehrs, die sie auch durchführen mögen, werden nur indirekte Wirkung erzielen, insofern sie die Selbstverfassung beeinflussen. Was haben wir denn erst kürzlich wieder beobachtet? Etwas Jammervolles: einen Finanzminister, einen in der vollen Bedeutung des Wortes ehrlichen Mann, von erprobter Loyalität, durchdrungen von tiefstem Pflichtgefühl, der nach mühevoller und hartem Kampf seinen Posten aufgeben mußte, weil er Schritt für Schritt auf Hintertreppen, auf Hallen, auf Interessentenkonflikte stieß.

Aus dieser Feststellung gilt es, eine Lehre zu ziehen: während des Krieges war der Chef der Regierung Kriegsminister, und er mußte es sein. Nach dem Waffenstillstand wäre zunächst wünschenswert gewesen, daß er Minister des Auswärtigen sei. Heute kann der Ministerpräsident, da es nun einmal als ausgemacht gilt, daß er ein Portefeuille haben muß, nichts anderes als Finanzminister sein.

Ausgerüstet mit einem — wenn auch unvollkommenen Programm (Vollkommenheit gibt es nun einmal nicht) aber voll energischen und unbeugsamen Willens, erkennen lassend, daß er entschlossen ist, um jeden Preis zu einem Resultat zu kommen, von der öffentlichen Meinung gestützt, ermutigt und vorwärts gedrängt durch den Willen des Volkes: so müßte der Finanzminister und Chef der Regierung dastehen!

Jetzt ist keine Zeit mehr für politische Kunststücke, für Experimente, für Partei-Machenschaften und Parlamentarier-Atrotat. Jetzt gilt es mit Tatsachen und Taten zu operieren, Energie und Klaren, kalten Willen zu setzen, der die Massen mit sich fortzieht:

Und wenn nicht heute, so muß es spätestens morgen sein.

Zusammenstöße zwischen Faschisten und Linksparteien in Reims.

Paris, 27. Juni. Die Habas aus Reims meldet, kam es dort heute Abend zwischen Faschisten, die in Reims eine Wirtschaftstagung abhielten, einerseits und Sozialisten und Kommunisten andererseits zu einer Schlägerei, in deren Verlauf drei Faschisten leicht verletzt wurden. Der Polizei gelang es, die Stöße in kurzer Zeit wiederherzustellen.